Nueva Sociedad Sonderheft, Dezember 2016
ISSN: 0251-3552, <www.nuso.org>.

Arbeiter_innen und ihre Organisationen während der Kirchner-Regierungen

Das lange Jahrzehnt der Kirchner-Regierungen in Argentinien zwischen 2003 und 2015 brachte – unterstützt durch das Wachstum der Beschäftigung – die Rückkehr zu ehemaligen arbeitsmarktpolitischen Errungenschaften wie etwa den Branchen-Tarifverträgen. Doch der Fortbestand informeller Beschäftigungsverhältnisse und die Spaltung zwischen organisierter Arbeiter_innenbewegung und der »anderen Arbeiter_innenbewegung« haben innerhalb der Arbeitswelt zu Brüchen geführt und die Grenzen dieser jüngsten Verbesserungen aufgezeigt.

Paula Abal Medina

Ebenso wie in anderen Ländern der Region erfolgten auch in Argentinien in jüngster Zeit Umstrukturierungen der Arbeitsbeziehungen und der Arbeitnehmer_innenorganisationen. Im Rahmen der drei Kirchner-Regierungen (einmal unter Néstor Kirchner und zweimal unter Cristina Fernández de Kirchner) zwischen 2003 und 2015 kam es zu einer Wiederbelebung zentraler Elemente der national-populären peronistischen Tradition. Die sozialen Spannungen, zu denen es bis Ende 2001 auf der nationalen politischen Ebene immer wieder gekommen war, haben ihre Vorgeschichte im lautstarken sozialen Widerstand der Gewerkschaften. Ausdruck dessen war die Gründung einer neuen Dachgewerkschaft, der Central de Trabajadores de Argentina (CTA), und eine Abspaltung des geschichtsträchtigen Gewerkschaftdachverbands

Paula Abal Medina: Soziologin. Sie hat an der Universidad Nacional de General Sarmiento am Institut für Sozialforschung (UNGS-IDES) in Sozialwissenschaften promoviert. Derzeit arbeitet sie als Dozentin an der Universidad Nacional de San Martin (UNSAM) und ist Forscherin beim Nationalen argentinischen Rat für Wissenschaftliche und Technische Forschung (Conicet). E-Mail: <paulaabalmedina@gmail.com>. Webadresse: <www.paulaabalmedina.com.ar>.
Schlagwörter: Arbeit, Gewerkschaftsbewegung, Gruppentarifabschlüsse, Kirchnerismus, Argentinien.
Originalversion: Dieser Artikel wurde in *Nueva Sociedad* Nr. 264, 7-8/2016, veröffentlicht. Übersetzung: Dagmar Dietz-Hertrich.

Confederación General del Trabajo (CGT) unter der Bezeichnung Argentinische Arbeiterbewegung (Movimiento de Trabajadores Argentinos, MTA).

Diese Gruppierungen der Arbeitnehmer_innenvertretung haben der neoliberalen Offensive der 1990er Jahre gemeinsam die Stirn geboten. Sie waren sich jedoch nicht einig darüber, wie sich die Arbeiterschaft angesichts der Herausforderungen des globalisierten Kapitalismus am besten politisch organisieren sollte. Diese Streitigkeiten konnten nicht beigelegt werden; die Phase der Kirchner-Regierungen endete, ohne dass die Rechtmäßigkeit der neuen Dachgewerkschaft anerkannt worden war. Es waren weitere Aufspaltungen der Arbeitnehmer_innenvertretungen entstanden.

Während des Neoliberalismus waren es die Straßenblockadeposten, die *piqueteros*, die als Schlüsselfiguren besonders harten Widerstand leisteten. Das ging über den gewerkschaftlichen Organisationsrahmen hinaus. Es waren Arbeitslose, die sich im Stadtviertel organisierten und »mit eigenem Körpereinsatz« die Straßen blockierten. Vor dem Hintergrund von Betriebsschließungen und wachsender Arbeitslosigkeit gründete sich 1992 unter dem Motto »Das Viertel ist die neue Fabrik« (»La nueva fábrica es el barrio«) die CTA. So wurde eine Einbindung unterschiedlichster territorialer Bewegungen, die das aufstrebende Kollektiv der »Ehemaligen Arbeiter_innen« formte, in die Gewerkschaftsstruktur der CTA möglich. Ein paar Jahre später erschien ein Buch mit dem Titel *Entre la ruta y el barrio* [Zwischen Weg und Viertel][1], das die verschlungenen politischen Wege, die die *piqueteros*-Organisationen nehmen mussten, nachzeichnet.

»Die Arbeiter leben beständig mit der Angst vor den drei unheilvollen Bedrohungen: Preisanstieg, Arbeitslosigkeit und Repression«, schrieb einst Jean-Paul Sartre[2]. Und in Argentinien sind drei Gründe für die extreme Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiter_innen während der langen Phase der Regression von 1976 bis 2001-2002 maßgeblich – für die Verschlechterung ihrer Arbeitsverhältnisse, ihrer Wohnungen, ihrer Wohnviertel und des Zugangs zu staatlichen Leistungen.

1. Momentaufnahme: »Wenn du die Tollwut ausrotten willst, musst du den Hund umbringen«, urteilte José Alfredo Martínez de Hoz, der Wirtschaftsminister der blutigen Diktatur, die in Argentinien 1976 ihren Anfang nahm.

1. Maristella Svampa und Sebastián Pereyra: *Entre la ruta y el barrio. La experiencia de las organizaciones piqueteras*, Biblos, Buenos Aires, 2004.
2. Jean Paul Sartre: *Problemas del marxismo I*, Página 12 / Losada, Buenos Aires, 2004, S. 146.

Das war gegen einen bedeutenden Industriesektor mit starker Beteiligung der Arbeiter_innen gerichtet. Die Absicht war, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen und kriminelle Unterdrückung eine Deindustrialisierung herbeizuführen, um die Arbeiter_innen zum Schweigen zu bringen, und zwar durch gezieltes Vorgehen gegen die gewerkschaftliche Organisation in den Fabriken (vorrangige Opfer dieser Repressalie waren Vertretungen der Arbeitnehmer_innen).

2. *Momentaufnahme:* Die Hyperinflationen Ende der 1980er Jahre. Diese »Marktstreiche«, wie sie genannt wurden, führten mit der Zeit zu einem doppelten Problem, das sich verhärtete: Wer Arbeiter_in war, war auch arm. Und das »Sozialtrauma« aus diesen Jahren der Hyperinflation sollte zu einer Phase mit Reformen zugunsten der Märkte führen.

3. *Momentaufnahme:* Als diese neoliberalen »Strukturreformen« in vollem Gange waren, stand aufgrund der extrem hohen Arbeitslosenzahlen ein Druckmittel in Form von Inklusion/Exklusion zur Verfügung, um die Attacken auf die Arbeitnehmer_innen zu intensivieren. Dies ist einer näheren Betrachtung wert: Zunächst wurden diejenigen, die einen Arbeitsplatz hatten, beschuldigt, sie klammerten sich an ihre »Privilegien« und verhinderten damit die Schaffung von Arbeitsplätzen für Millionen Arbeitslose. So wurde aus »Gesetze machen für die Hungrigen« nun »Gesetze machen gegen diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben«, und zwar durch eine Reform zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Dadurch wurden die Prinzipien der Arbeitsplatzstabilität und der Sicherheit des Arbeitsplatzes ausgehebelt. Als Nächstes verlegte man sich auf die »Vermittelbarkeit auf dem Arbeitsmarkt«, was zur Folge hatte, dass ihre Arbeitslosigkeit den Arbeitslosen als von ihnen selbst verschuldet unterstellt wurde (Exklusion: »ausgeschlossen, da nicht auf dem Arbeitsmarkt vermittelbar«). Mit dieser Fokussierung verliert die Sozialpolitik ihre Allgemeingültigkeit; es werden die Arbeitslosen herausgegriffen, um eine »Zielgruppe« innerhalb der Bevölkerung zu konstruieren: Minderheiten, die man als überflüssig bezeichnet, denen man eine lächerlich geringe Unterstützung zahlt und die man in Bildungsmaßnahmen packt, die sie für den Arbeitsmarkt »fit« machen sollen. Als die Arbeitslosigkeit in ihrer ganzen Dimension schließlich durch organisierte Betroffene sichtbar gemacht wird, brandmarkt man die *piqueteros* als gefährlich und gewalttätig (Exklusion: »Gewalttätige«).

Zunächst wurden diejenigen, die einen Arbeitsplatz hatten, beschuldigt, sie klammerten sich an ihre »Privilegien« ■

Dies setzt sich immer weiter fort bis zur Ultima Ratio der politischen Macht: Gewaltanwendung. So kommt es in der Folge zu den Morden vom 19. und 20. Dezember 2001[3], im Rahmen von Massenaufständen, einer Kombination aus »Topfschlagprotesten« (*cacerolazos*), großen Aufmärschen und Plünderungen von Supermärkten, und danach, im Juni 2002, zu den Morden an Maximiliano Kosteki und Darío Santillán, den militanten *piqueteros*, die an der Blockade einer der Zufahrtstraßen nach Buenos Aires beteiligt waren.

Unzureichende Wiedergutmachung

Im Mai 2003 kam Néstor Kirchner an die Macht. Auch er stellte keine Ausnahme dar, was das allgemein verbreitete Misstrauen der Bevölkerung gegenüber ihren politischen Volksvertreter_innen betrifft. Ohne Wählermehrheit (er gewann mit 22,2 % der Stimmen) richtete er sein politisches Handeln darauf aus, diese zu gewinnen. Und im Hinblick auf dieses Ziel stechen zwei politische Aktionen besonders hervor: Entschädigen (»desagraviar«) und Wiedergutmachen (»restituir«), Verben, die nach fast drei Jahrzehnten vielfältiger, mehrheitlich auf das Gegenteil ausgerichteter Impulse etwas Neues ausdrückten, für das der Kirchnerismus in Argentinien stehen sollte. Einige Beispiele: Entschädigung durch Wiedereinführung der Gruppentarifverträge und des gesetzlichen Mindestlohns, »salario mínimo, vital y móvil«; Wiedergutmachung durch die Anordnung, das Porträt des Massenmörders General Jorge Rafael Videla[4] aus dem Präsidentenpantheon des Colegio Militar zu entfernen; desgleichen erfolgte Schadensbehebung durch die Bitte um Entschuldigung im Namen der Nation für den begangenen Staatsterrorismus, gerichtet an die Opfer und an die argentinische Gesellschaft insgesamt. Dem ursprünglichen Kirchnerismus wohnte eine Sehnsucht inne nach der Rückkehr zur »glücklichen Zeit« der peronistischen Gesellschaft der Vollbeschäftigung, mit einem starken Staat, mächtigen Gewerkschaften und nationalen Unternehmern.

Die Mega-Geldentwertung der kurzlebigen Vorgängerregierung unter Eduardo Duhalde stellte die Basis dar, die nun Träume und deren Verwirklichung ermöglichte. Diese Mega-Geldentwertung hatte umfangreiche Transfers für die Exporteure beinhaltet und bot Spielraum für Lohnerhöhungen. Kirchner

3. Am 19. und 20. Dezember 2001 kam es zu einer Reihe großer Demonstrationen, in deren Verlauf insgesamt 28 Menschen getötet wurden [Anm. der Redaktion].
4. Videla war am Militärputsch beteiligt; während der Diktatur hatte er das Präsidentenamt inne. Er wurde später wegen diverser Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt [Anm. der Redaktion].

sah die Gelegenheit und unterstützte die Forderungen nach Lohnerhöhung mit mehreren Verordnungen zur Anhebung der Löhne durch Festbeträge. Dies kam vornehmlich den besonders verarmten Arbeiter_innen in formalen/registrierten Beschäftigungsverhältnissen zugute. Und er begleitete die Arbeitskämpfe, man könnte fast sagen, er fieberte regelrecht mit bei den Arbeitskämpfen der Arbeiter_innen im formalen Sektor um geregelte Tarifvereinbarungen. Die zwei wichtigsten Arbeitskonflikte waren der Arbeitskampf der Metroarbeiter_innen der Stadt Buenos Aires und die aktiven Streiks von Mitarbeiter_innen der Telefongesellschaft mit der Besetzung von Gebäuden. Beide Konflikte zeigen bei eingehenderer Betrachtung, dass sich damals nicht nur die Arbeitsverhältnisse, sondern auch das Gewerkschaftswesen verkompliziert haben.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit war nachhaltig, trotz internationaler Finanzkrisen großen Ausmaßes wie der Krise von 2008

Die Arbeitslosigkeit, die 2002 mit 21 % nie zuvor in der argentinischen Geschichte dagewesene Höhen erreichte, wurde dauerhaft reduziert, bis auf 5,9 % im Jahr 2015. Dieser Rückgang der Arbeitslosigkeit war nachhaltig, trotz internationaler Finanzkrisen großen Ausmaßes wie der Krise von 2008 in den USA. Deswegen konnte Kirchner in einer Rede in der bevölkerungsreichen Zone von La Matanza im Großraum Buenos Aires Mitte des Jahres 2005 sagen:

> Wir schlagen die Arbeitslosigkeit, wir können das Wort ›Arbeit‹ wieder buchstabieren (...) Wenn ich die gelben Helme der Bauarbeiter sehe, rührt mich das und ich muss weinen, weil ich weiß, dass mit diesen Helmen auch die Arbeit zurückkehrt, es zu Hause wieder Brot gibt, für die Familien wieder Freude aufkommt, die Hoffnung wieder in unsere Gesellschaft zurückkehrt. Natürlich träume ich davon, den Argentiniern und Argentinierinnen am Ende meiner Amtszeit sagen zu können, dass wir es bei den Arbeitslosenzahlen in den einstelligen Bereich geschafft haben; das ist mein großer Traum.[5]

Während jener ersten Regierungsjahre Kirchners wurden die Wiederkehr der Gewerkschaften, der (Gruppen-)Tarifverhandlungen[6] und des Arbeitskampfes als unleugbarer Beweis für den Bruch mit der Vergangenheit gefeiert.

5. »Palabras del presidente Néstor Kirchner en la localidad de Laferrere, partido de La Matanza, provincia de Buenos Aires«, 29.7.2005, verfügbar unter <222.casarosada.gob.ar/informacion/archivo/24762-blank-45921361>.
6. Gruppentarifverhandlungen, die in den 1990er Jahren praktisch zum Erliegen gekommen waren, erfuhren enormen Aufschwung; 2015 wurden über 2000 Arbeitsvereinbarungen und Gruppenverträge abgeschlossen.

Dies führte dazu, dass die Behebung weiterhin bestehender Missstände aufgeschoben und nicht angegangen wurde. Ein Beispiel ist die Ungleichheit innerhalb der Arbeitsverhältnisse, symptomatisch für die Zerschlagung der Produktionsstrukturen.

Ebenso wurden die Schwierigkeiten und das Unvermögen der Gewerkschaftsbewegung selbst heruntergespielt, der heterogenen Wirklichkeit der Arbeitswelt angemessen zu begegnen. Dies alles stand noch im Kontext von Wirtschaftswachstum, der Schaffung neuer Arbeitsplätze und einer Regierung, die bei Konflikten um Rechte von Arbeitnehmer_innen keinesfalls neutral agieren würde, wie der Präsident selbst oft betonte.

Die Zahl der nicht registrierten Beschäftigungsverhältnisse ging von 48,5 % im Jahr 2003 auf 34 % im Jahr 2010 zurück. Nach diesem signifikanten Rückgang stagnierte die Quote bis 2015 auf diesem Niveau. Vom Arbeitsministerium erarbeitete Studien zeigen, dass das Augenmerk der Regierung von Anfang an auf diese Problematik gerichtet war. Es wurden mehrere Maßnahmen eingeführt, die beachtenswerte Resultate erbrachten[7]. Zu nennen sind insbesondere zwei neue Arbeitsverordnungen – eine für Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, verabschiedet Ende 2011[8], und eine für Arbeitnehmer_innen in privaten Haushalten, vornehmlich Frauen, rechtskräftig seit März 2013[9]. In diesen beiden Beschäftigungsfeldern gibt es sehr hohe Informalität und Prekarisierung.

Nach einem Jahrzehnt des Beschäftigungswachstums, wieder erstarkender Gewerkschaften und der Einführung spezieller politischer Maßnahmen zum

7. Es wird empfohlen, die zwölf Nummern der Zeitschrift *Revista de Trabajo* einzusehen, erarbeitet vom Ministerium für Arbeit, Beschäftigung und Sozialversicherung der Nation (MTESS), veröffentlicht zwischen 2005 und 2015, verfügbar unter <www.trabajo.gob.ar/left/estadisticas/revista/?id seccion=64>; ebenso das Arbeitsdokument zum Zweihundertsten Jahrestag der Mairevolution: »Trabajo y empleo en el Bicentenario (2003-2010)«, unter <www.trabajo.gob.ar/trabajovempleoenelbicentenario/>.

8. Gesetz 26.727, Arbeitsordnung für Tätigkeiten in der Landwirtschaft; Schaffung eines landesweiten Registers von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der Landwirtschaft – »Régimen sobre Trabajo Agrario; creación del Registro Nacional de Trabajadores y Empleadores Agrarios (Renatea)«.

9. Gesetz 26.844, Vertragliche Sonderregelungen für Personal in Privathaushalten (»Régimen Especial de Contrato para el Personal de Casas Particulares«). Etwa 1.200.000 Frauen arbeiten als Haushaltshilfen. Zu Anfang der 2000er Jahre lag die Nichtanmeldungsquote hierfür bei annähernd 90 %. Die zwischen 2003 und 2015 eingeführte Politik hat zu einer Verdoppelung der Meldezahlen bei dieser Beschäftigungsart geführt. Siehe hierzu Francisca Pereyra und Ania Tizziani: »Experiencias y condiciones de trabajo diferenciadas en el servicio doméstico. Hacia una caracterización de la segmentación laboral del sector en la ciudad de Buenos Aires« in *Trabajo y Sociedad* Nr. 23, 2014. Dieser Artikel bietet Anhaltspunkte zur Analyse der Fortschritte betreffs der Anmeldequote und der Rechte von Haushaltshilfen und zu den Problemen beim effektiven Zugang zu diesen Rechten, die Teilzeitkräfte in Privathaushalten haben.

Abbau informeller, nicht registrierter Arbeit oder Beschäftigungsverhältnisse ist dennoch jede_r dritte Arbeitnehmer_in nicht in der Sozialversicherung gemeldet. Ein noch düstereres Panorama zeichnet sich ab, wenn man wirtschaftliche Aktivitäten von Personen berücksichtigt, die auf eigene Rechnung und zur Selbstversorgung arbeiten[10], sowie Betriebe mit weniger als fünf Mitarbeiter_innen[11] und das schleichende Outsourcing.

Dank der AUH sind aktuell etwa 3,5 Millionen Kinder und Jugendliche in 1,8 Millionen Haushalten versorgt

Cristina Fernández übernahm die Regierungsgeschäfte im Dezember 2007 und regierte zwei aufeinander folgende Amtsperioden. Gegen 2009 kam es in der real existierenden Arbeitswelt zu einer Veränderung. Nach der Rückverstaatlichung des Rentensystems wurde eine allgemeine Kindergeldleistung »Asignación Universal por Hijo para Protección Social« (AUH) eingeführt. Zentrales Anliegen ist es, den Kindern ein Minimaleinkommen zu sichern, deren Eltern nicht sozialversicherungspflichtig als Arbeitnehmer_innen registriert sind und die deswegen zu regulären Kindergeldleistungen[12] keinen Zugang haben. Dank der AUH sind aktuell etwa 3,5 Millionen Kinder und Jugendliche in 1,8 Millionen Haushalten versorgt. Mehrere Studien belegen die Wirksamkeit der AUH im Kampf gegen Armut

10. Das selbstständige Arbeiten auf eigene Rechnung verzeichnet während der Kirchner-Regierungen in absoluten Zahlen ein Wachstum, nimmt allerdings zwischen 2003 und 2011 relativ gesehen um fast drei Prozentpunkte ab. In diesem Zeitraum sinkt der Anteil von 20,6 % auf 17,7 % der Beschäftigten. Im vierten Quartal 2015 haben 55 % der selbstständig arbeitenden Personen keine Sozialabgaben geleistet, und in dieser Gruppe bezogen 65 % weniger als 1.000 Pesos monatlich (etwa 250 US-Dollar). Es handelt sich um einen ausgesprochen niedrigen Betrag, wenn man bedenkt, dass 2010 der Mindestlohn bei 1.740 Pesos (430 US-Dollar) lag. Mara Ruiz Malee, Juliana Persia und Isidoro Sorokin: »Trabajo no registrado y protección social en Argentina«, Arbeitsdokument Nr. 3, Ministerium für Wirtschaftspolitik und Entwicklungsplanung, Buenos Aires, Januar 2015.

11. Im dritten Quartal 2012 belief sich der Anteil der nicht registrierten Beschäftigungen in den Produktionsstätten mit weniger als fünf Mitarbeiter_innen auf 70 %: »44 % der nicht registrierten Beschäftigungen entfällt auf Produktionseinheiten, die ihr gesamtes Personal außerhalb jeglicher Arbeitsordnungen beschäftigen, was heißt, sie befinden sich außerhalb der meisten, wenn nicht aller rechtlichen Normen, die ihre Wirtschaftstätigkeiten regulieren«. Ministerio de Trabajo, Desarrollo y Seguridad Social: »Trabajo no registrado. Avances y desafíos para una Argentina inclusiva«, September 2013.

12. Begünstigte des AUH sind alle Jungen, Mädchen und Heranwachsenden unter 18 Jahren (oder ohne Altersbeschränkung bei Behinderten), für die keine andere Familienleistung nach Gesetz 24.714 vorgesehen ist, und deren Eltern oder Vormund unter folgende Kategorien fallen: nicht angemeldete Beschäftigte und Hausangestellte, die eine geringere Bezahlung erhalten als den gesetzlichen Mindestlohn »salario mínimo vital y móvil«, Arbeitslose, Saisonarbeiter_innen (in den beschäftigungslosen Monaten) oder solche Arbeiter_innen, die aufgrund ihres geringen Einkommens eine vereinfachte Sozialabgabe und Steuerzahlung leisten (»monotributista social«). Informationen hierzu erhältlich im Observatorio de la Seguridad Social, April 2012.

und Bedürftigkeit. Im gleichen Jahr wurde das Programm Programa Ingreso Social con Trabajo gestartet, bekannt als »Argentina Trabaja«. Es fördert die Organisation von Arbeitnehmer_innen ohne formale Einkünfte im Rahmen von Kooperativen. Diese Kooperativen führen Instandhaltungs- und Verbesserungsmaßnahmen der Infrastruktur in ihren Wohnvierteln und Kommunen durch. Auch die Möglichkeit der vereinfachten Sozial- und Steuerabgabe, des »monotributo social«, richtet sich an dieses Segment. Durch diese kleine Beitragszahlung wurde nach Jahrzehnten des Neoliberalismus die schrittweise Registrierung von Wirtschaftsaktivitäten in den verarmten Vierteln angestoßen[13]. In diesem Programm eingeschriebene Personen können Rechnungen ausstellen, Lieferant_innen für den Staat werden und durch Eintritt in das Versorgungssystem Zugang zu den Sozialleistungen des nationalen Gesundheitssystems erhalten.

Hier sollen die arbeitspolitischen Maßnahmen nicht in aller Ausführlichkeit dargestellt, doch zumindest zwei große Ansätze aufgezeigt werden. Zunächst ging es darum, solche Mechanismen wieder in Gang zu bringen, die einst für die gesamte Bevölkerung wirksam waren. Dabei sind signifikante Fortschritte zu verzeichnen, die weiter oben schon erwähnt wurden; ein bedeutender Teil der Arbeitswelt aber blieb unberücksichtigt. Der Kapitalismus hatte sich eine neue Immunität zugelegt. In der Folge verloren zuvor effiziente staatliche Eingriffe zur Balance zwischen Kapital und Arbeit ihre Wirksamkeit. In der zweiten Etappe, insbesondere ab 2009, stand die Unterstützung der Haushalte all derer im Vordergrund, die, wie es der Führer des Movimiento Evita, Emilio Pérsico, ausdrückte »sich die Arbeit selbst neu erfunden haben«: Standverkäufer_innen, ambulante Händler_innen und Straßenhändler_innen, Reinigungskräfte, Werkstattbetreiber_innen, Recyclingbetreiber_innen, Bäuer_innen, Kooperativen in den Vierteln, Maurer, Klempner, Haushaltshilfen in Privathaushalten, Kleinunternehmer_innen, die in der Garage oder von zu Hause aus arbeiten, usw.

Organisierungsformen

In den Jahren der Wiederbelebung des Arbeitsmarktes hat die Gewerkschaftsbewegung große Fortschritte gemacht. Die Arbeitswelt war zu Beginn dieses

13. Die einmalige Sozialabgabe (*monotributo social*) trat Mitte 2004 in Kraft, aber die Bindung daran verharrte über mehrere Jahre hinweg auf sehr niedrigem Niveau. Es sind keine Informationen über ihre Entwicklung zugänglich. Doch anhand von Erklärungen der Beamt_innen des Sozialministeriums lässt sich feststellen, dass ab 2009 und gegen Ende 2010 ein Anstieg der Registrierten zu verzeichnen war und insgesamt 350.000 Personen, die einmalige Sonderausgaben leisteten, erreicht wurden.

Jahrhunderts von der Angst um den möglichen Verlust des Arbeitsplatzes geprägt. Ich führte damals eine Umfrage unter jungen Angestellten in großen Supermärkten durch; zentrales Ergebnis war neben der Angst der Befragten vor Entlassung die Tatsache, dass diesen Mitarbeiter_innen die Gewerkschaften fremd waren. Viele Begriffe waren diesen jungen Leuten überhaupt nicht mehr geläufig, etwa (Gruppen-)Tarifvertrag, paritätische Tarifverhandlungen, Arbeitnehmer_innenvertretung. Der Gewerkschaftsjargon war verblasst. Heute hingegen ist es üblich, dass die Arbeiter_innen (einschließlich der jungen unter ihnen) darüber diskutieren, was bei der jeweiligen paritätischen Ausschusssitzung ausgehandelt wurde, und dass Vergleiche mit anderen Gremien angestellt werden, die bessere oder schlechtere Bedingungen ausgehandelt haben. Das Gewerkschaftswesen ist im betrieblichen Alltag wieder präsenter.

In den Jahren der Wiederbelebung des Arbeitsmarktes hat die Gewerkschaftsbewegung große Fortschritte gemacht ■

Eingangs wurde auf zwei Gruppierungen hingewiesen, die den Neoliberalismus bekämpften und die trotz aller Unstimmigkeiten über das richtige Gewerkschaftsmodell gemeinsamen Widerstand aufgebaut haben (MTA und CTA). Ein anderer Gewerkschaftssektor, der in den 1990er Jahren die Hegemonie innerhalb der CGT innehatte, konzentrierte sich auf das »Überleben der Organisation« (»supervivencia organizativa«), wie die Politologin María Victoria Murillo es bezeichnete. Im Mittelpunkt stand die »Verteidigung ihrer Privilegien als Organisation und die Bildung von Unternehmen, die von Gewerkschaften verwaltet wurden, möglich geworden durch die Reformen des Marktes«[14].

In ihrer Mehrheit funktionierten diese Gewerkschaftssektoren in teils offener, teils verborgener Opposition zum Kirchnerismus. Um die Art zu charakterisieren, wie sie sich gewerkschaftlich-politisch positionierten, erlaube ich mir, eine Erklärung zu zitieren. Sie stammt vom damals amtierenden Generalsekretär der Gewerkschaft Luz y Fuerza (Elektrizitätsektor). Auf die Frage eines Journalisten, was die Gewerkschaften täten, falls die Nationalregierung Eingriffe in das System der Gesundheitsversorgung der Arbeiter_innen durch die Gewerkschaften (Sozialwerke, *obras sociales*) beschlösse (die Beiträge der Arbeitnehmer_innen werden durch die Gewerkschaften verwaltet, sie tun dies nicht sonderlich transparent), antwortete er: »Ich, Oscar

14. M.V. Murillo: »Cambio y continuidad del sindicalismo en democracia« in *Revista SAAP* B. 7 Nr. 2,11/2013.

Lescano, sage dir – und publiziere das bitte ganz groß –, ja, und ich sage das nicht nur für mich, sondern im Namen aller, denn ich weiß, wie jeder Generalsekretär darüber denkt, also ich sage, sollten sie jemals versuchen, die Sozialwerke der Gewerkschaften anzutasten, das System zu verstaatlichen, es zu privatisieren oder irgendetwas damit zu machen, werden wir ihnen den totalen Krieg erklären, dann werden sie uns alle umbringen müssen«[15].

Es handelt sich um ein drastisches Beispiel eines Gewerkschaftswesens, das sich selbst als Machtfaktor definiert

Es handelt sich um ein drastisches Beispiel eines Gewerkschaftswesens, das sich selbst als Machtfaktor definiert und dem es aus diesem Grunde egal ist, ob der Eingriff der Regierung der Verstaatlichung des Systems dient (zum Beispiel mit dem Ziel eines gerechteren und transparenteren staatlichen Gesundheitssystems) oder der Privatisierung (um ein noch regressiveres System zu schaffen). Dieser vor kurzem verstorbene Gewerkschafter ist keineswegs eine Ausnahme, er repräsentiert vielmehr einen Teil des nationalen Gewerkschaftswesens.

Ungeachtet der Spaltungen, die im Widerstand gegen die vorausgegangenen neoliberalen Reformen begründet sind, konnten die meisten Gewerkschaften in den Jahren der Kirchner-Regierungen Fortschritte für ihre Arbeiter_innen erzielen, was wiederum ihre wirtschaftliche Basis stärkte. Diese Fortschritte brachten für die registrierten Beschäftigten nicht nur mehr Kaufkraft, sondern durch die (Gruppen-)Tarifverhandlungen auch mehr Schutz. Das heißt, das Gewerkschaftswesen konnte sich ausweiten.

Innerhalb dieses Panoramas haben zwei grundlegende Probleme dennoch die Grenzen des Syndikalismus als Organisationsform der Arbeitsbeziehungen aufgezeigt: Einerseits sind die Vertretungen der Arbeitnehmer_innen auf betrieblicher Ebene geschwächt, eine Folge der letzten Militärdiktatur. Eine 2005 durchgeführte Umfrage ergab, dass in etwa 86 % der Firmen keinerlei Instanz für die unmittelbare Vertretung von Interessen der Arbeitnehmer_innen vorhanden war[16] und dass 61 % der Arbeiter_innen in Firmen beschäftigt waren, in denen es keine Vertretung der Arbeitnehmer_innen

15. Diego Sehinkman: »Oscar Lescano. 'Fui oficialista de todos los gobiernos'« in *La Nación*, 20.10.2012. Zu diesem Thema findet sich Vertiefendes in P. Abal Medina: »Las formas políticas del trabajo« in *Anfibia*, <revistaanfibia.com/ensayo/las-formas-politicas-del-trabajo/>, 2016.
16. Gesondertes Modul der Umfrage zu Indikatoren der Arbeitswelt »Encuesta de Indicadores Laborales (EIL)« des Ministerio de Trabajo, Desarrollo y Seguridad Social.

gab. Schaut man sich diverse in den letzten Jahren durchgeführte Reformen der Gewerkschaftsstatuten unterschiedlicher Gewerkschaften an, zeigt sich zudem, dass die Gewerkschaftsführung dazu tendierte, die Kompetenzen und Privilegien der Arbeitnehmer_innenvertretungen am Arbeitsplatz zu beschneiden[17]. Ein weiteres Indiz für die wachsende »Dynamik von oben« im Alltagsgeschäft der Gewerkschaften ist das langjährige Mandat der Gewerkschaftssekretäre und schließlich eine Art finanzieller Ruin der »eingetragenen Gewerkschaften«[18] (im Gegensatz zu den Gewerkschaften mit Gremien-Status). Diesen ist es nicht möglich, die Beitragsquoten einzutreiben, selbst wenn sie die gewerkschaftliche Arbeitnehmer_innenvertretung in der Firma gewonnen hatten; denn die Quoten werden automatisch und direkt von den nationalen Gewerkschaften mit Gremien-Status kassiert[19].

Seit dem Aufkommen des Peronismus in den 1940er Jahren hatte die Kombination von mächtigen Gewerkschaftstrukturen und einer weitreichenden Struktur der Interessenvertretung in den Betrieben im Land eine Stärkung der Arbeitnehmer_innen auf der sozialen und politischen Bühne ermöglicht. Die Koexistenz dieser Vertretungsebenen war nicht ganz spannungsfrei und hat sogar oft zu harten Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterklasse geführt. Sie hat allerdings seit dem Aufkommen des Peronismus die argentinische Form des Gewerkschaftswesens bestimmt. Delegierte und interne Kommissionen haben als Gegengewicht einer Abschottung der Gewerkschaften und deren Verknöcherung entgegengewirkt. Die gewerkschaftlichen Aktivitäten in den Betrieben wurden von den Gewerkschaften gestärkt, was in eine gemeinsame Strategie mündete und ein prekäres, in politischer Hinsicht aber produktives Gleichgewicht schuf zwischen mächtigen Strukturen und dem Willen zu Veränderung, zwischen wirtschaftlicher Macht und gewerkschaftlicher Macht.

Aber das Schrumpfen der gewerkschaftlichen Organisation in den verschiedenen Betrieben im Zuge der Prekarisierung der Arbeit hat der sozialen Veränderung deutliche Grenzen gesetzt. Bei vielen Gewerkschaften kamen die

17. P. Abal Medina und Nicolás Diana Menéndez (Hg.): *Colectivos resistentes. Procesos de politización de trabajadores en la Argentina reciente*, Imago Mundi, Buenos Aires, 2011.
18. In Argentinien gibt es rechtlich gesehen zwei Arten von Gewerkschaften: die lediglich eingetragenen Gewerkschaften und solche, die Anerkennung als »personería gremial«, als »berufsständische Rechtsperson« genießen.
19. Murilla untersucht, wie eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, welche eine Kompetenzerweiterung durch gewerkschaftliche Vertretung in den Arbeitsstätten ausgesprochen hatte, von Ministerialbeschlüssen des Arbeitsministeriums (unter den Kirchner-Regierungen) beschnitten wurde, die die Einnahmequellen für »lediglich eingetragene Gewerkschaften« einschränken.

Verbesserungen »von oben« und konzentrierten sich auf Lohnerhöhungen und nicht auf die Beseitigung von Ungleichbehandlung bei den Arbeitsverhältnissen, die es sowohl innerhalb der Betriebe als auch über die »unsichtbaren« Auslagerungsketten von Arbeit gab. Die nationale Gesetzgebung räumt der Exekutive seit Jahrzehnten wichtige Möglichkeiten zur Einflussnahme auf das Gewerkschaftswesen ein (zuvorderst durch die Möglichkeit, den Status als eingetragenes Gremium mitsamt der Privilegien zu erteilen). Entsprechend waren die Anstrengungen der Kirchner-Regierungen nicht darauf ausgerichtet, »Prozesse von unten« als Gegengewicht zu den Gewerkschaftsbossen zu befördern, wie sie die Etappe der »reich gewordenen Organisationen und der verarmten Arbeiter_innen« bestimmt haben, wie es der Führer der Lastwagenfahrergewerkschaft, Hugo Moyano, ausdrückte. Möglicherweise herrschte eine konservative Haltung vor, weil man den Einfluss der radikalen Linken (in vielen Fällen Trotzkist_innen) fürchtete. Diese gewannen insbesondere in solchen Betrieben bei der Organisation der in prekäre Arbeitsverhältnisse abgerutschten Arbeitnehmer_innen an Boden, aus denen die Gewerkschaften sich zurückgezogen hatten.

Das, was die »andere Arbeiterbewegung« auf den Plan ruft, ist das zweite grundsätzliche Problem. In Argentinien, wie auch in anderen Ländern der Region, besteht eine tiefe Abneigung gegen politische Maßnahmen wie etwa die AUH, und in größerem Maße auch gegen Programme wie »Argentina Trabaja«. Die Bezeichnung *planero* (abfällig gebraucht für eine Person, die von Sozialhilfe oder Unterstützungszahlungen lebt) ersetzt heutzutage frühere Begriffe wie *piquetero* (Blockade-Streikposten), *negro* oder, noch älter, *cabecita negra* (Schwarzköpfchen). Auch die Bezeichnung *negros planeros* ist in Gebrauch. Während der ersten Jahre des Kirchnerismus drückte sich diese Abneigung eher diffus und vage aus, aber sie hat zugenommen und sich gesellschaftlich verankert.

Um das eingangs verwendete Gegensatzpaar Inklusion/Exklusion wieder aufzugreifen, könnte man davon sprechen, dass sich in den letzten Jahren ein Gegensatzpaar gebildet hat zwischen »Arbeiter_innen, die sich abrackern« und »*planeros*, die vom Staat leben«. Intensives gesellschaftliches Raunen lässt uns die Bedeutungen vernehmen, mit denen die *planeros* bedacht werden: Leute, die Sozialplanzahlungen bekommen; Faulpelze, für die das Geld vom Himmel fällt; die leben *von uns*, und wir rackern uns ab und zahlen Steuern. Die *planeros* benähmen sich so gar nicht wie Menschen, die Hilfe bekommen, so lautet ein gängiger und mit Abscheu geäußerter Vorwurf. Ein großer Teil dieser *planeros* ist in Kooperativen organisiert, die zu lokalen, regionalen

und politischen Organisationen gehören. Sie säubern kontaminierte Flüsse in den Vierteln[20], bauen Häuser, richten Schulen und Krankenräume wieder her, beseitigen Unkraut an den Wegen, recyceln Unmengen von Müll, legen Abwasserrinnen an, nähen Arbeits- oder Schuluniformen und verrichten viele andere Arbeiten. Ihre Arbeit, ihre Produktion und der Wert, den sie zur Wiederherstellung des Gemeinwohls leisten, wird nicht wahrgenommen. Gezeigt werden sie als »soziale Schande«: der unterdrückte Teil der Gesellschaft, der diese mit nach unten zieht.

Im Jahr 2010 schlossen sich diese unregistrierten Arbeiter_innen zur Confederación de Trabajadores de la Economía Popular (CTEP) zusammen

Im Jahr 2010 schlossen sich diese unregistrierten Arbeiter_innen zur Confederación de Trabajadores de la Economía Popular (CTEP) zusammen. In einem Dokument, welches von der CTEP erarbeitet wurde, definieren sich deren Mitglieder so: »Wir sind nicht registriert, wir sind prekär, ausgestoßen, wir sind Selbstversorger«[21]. Juan Grabois, einer ihrer Führer, erklärt, die CTEP sei

> ein gewerkschaftliches Instrument des armen Volkes, der rechtlosen Arbeiter_innen ohne Anerkennung, ohne Kapital und ohne Arbeitgeber_innen. Man könnte sagen, wir sind die CGT, der Gewerkschaftsdachverband der Ausgeschlossenen. Die CTEP vereint Altpapiersammler, Bäuerinnen, Handwerkerinnen, ambulante Händler, Aussteller_innen, Schneider, Fensterputzerinnen, Autopfleger, Maurerinnen und Hausbauer, Gaslieferantinnen, Schlosser, Arbeiter_innen in von Arbeitnehmern übernommenen und weitergeführten Betrieben, den ›empresas recuperadas‹, im nicht formalisierten Fahrservice, in Volkskooperativen, in sozialen Programmen, in der Infrastruktur ihres Viertels, in Organisationen für kommunale Aktionen, »organización de acción comunitaria« (Pfleger, Köchinnen, Erzieher), oder Leute mit kleinen Werkstätten und Produktionseinheiten (Mechaniker, Schreinerinnen, Produzenten von Lebensmitteln).[22]

Die Organisationen der »anderen Arbeiterbewegung« liefen Gefahr, in eine Falle des Sozialministeriums zu geraten. Dort haben sie zwar Anerkennung gefunden, aber auch Grenzen erfahren. Als organisierte Personen wären sie

20. Über die Erfahrungen mit der Arbeit in mehreren Kooperativen, die Säuberungsarbeiten an den kontaminierten Flüssen im Großraum Buenos Aires verrichtet haben, siehe Beltrán Besada: »El Estado metro a metro. Dinero y construcción política territorial. Un análisis de caso: Programa de limpieza, saneamiento y mantenimiento de arroyos en el Gran Buenos Aires«, Abschlussarbeit zur Erlangung der Licenciatura in Soziologie, IDAES-UNSAM, Buenos Aires, Oktober 2015.
21. E. Pérsico und J. Grabois: »Nuestra realidad« in *Cuaderno* Nr. 1, CTEP, Buenos Aires, 2014.
22. J. Grabois: »¿Qué es la CTEP?« in *Resumen Latinoamericano*, 8.2.2015.

zwar keine »Sozialfälle« mehr, aber ihre Lebenssituation als Arme würde sich mit ihrer Lebenssituation als Arbeiter_in überlappen. Einen Tag vor der Übergabe der Regierungsgeschäfte an den neuen Präsidenten Mauricio Macri, der bei den vorangegangenen Wahlen den Kirchnerismus besiegt hatte, am 9. Dezember 2015, gestand die Regierung von Cristina Fernández der CTEP mittels einer Resolution des Ministeriums für Arbeit, Entwicklung und Soziale Sicherheit (Ministerio de Trabajo, Desarrollo y Seguridad Social, MTESS) die »personería social«, die Eigenschaft einer »sozialen Rechtsperson«, zu. Zwar ist dieser Rechtsstatus eher schwach und entspricht nicht dem durch die CTEP geforderten Status. Und doch stellt er für die CTEP einen wichtigen Etappensieg auf ihrem Weg von den Armen zu den armen Arbeiter_innen dar.

Unabhängig von der weit verbreiteten gesellschaftlichen Ablehnung, die durch die großen Medienkonzerne gefördert wird, ist es für die Analyse wichtig, dass es im Land zwei Bewegungen der Arbeiterschaft gibt: eine Gewerkschaftsbewegung, die sich selbst gewöhnlich als organisierte Arbeiterbewegung bezeichnet, und eine »soziale« Arbeiterbewegung, hier definiert als die »andere Arbeiterbewegung«[23]. Seitens der CTEP gab es Versuche, sich der CGT anzugliedern. Diese Versuche haben nicht gefruchtet, da die Führer der organisierten Arbeiterschaft mehrheitlich den Status als Arbeiter_innen bei den Organisierten der CTEP nicht anerkennen; sie denken und definieren diese als »Fremde«, als Fremdkörper in der argentinischen Gewerkschaftstradition.

Jedenfalls ist die organisierte Arbeiterbewegung nicht homogen, und in den Jahren der Kirchner-Regierungen sind die Brüche größer geworden. Die CTA hat sich 2011 aufgespalten; sie hatte bereits an Erneuerungskraft eingebüßt und keine Kraft, um die »andere Arbeiterbewegung« zu vertreten. Teilweise lag dies daran, dass die Kirchner-Regierungen ihr nicht den Status eines eingetragenen Gewerkschaftsdachverbands (personeria gremial) zuerkannt haben. Damit war sie lediglich ein Gewerkschaftsverband staatlicher Arbeiter_innen. Doch auch wenn die CTA sich nicht auf den Privatsektor ausweiten konnte (mit ein paar bedeutenden Ausnahmen, wie etwa den Arbeiter_innen der Metro), haben insbesondere die Gewerkschaften der Lehrkräfte an staatlichen Schulen im gesamten hier untersuchten Zeitraum Arbeitskämpfe geführt und Forderungen erhoben. Sie haben die heikle und spannungsreiche

23. P. Abal Medina: *Ser solo un número más. Trabajadores jóvenes, grandes empresas y activismos sindicales en la Argentina actual*, Biblos, Buenos Aires, 2014. Die Verbindung zwischen beiden ist Gegenstand eines anderen Essays: P. Abal Medina: »Las formas políticas del trabajo«, zit.

Aufgabe gelöst, eine Dachgewerkschaft zu bilden, welche die Kirchner-Regierungen aktiv unterstützt hat, ohne dabei die Autonomie für die Verteidigung der Rechte der Lehrenden aufzugeben.

Zur bedeutsamsten Aufspaltung der CGT kam es ein Jahr danach, 2012, als die mächtigen Verkehrsgewerkschaften unter Leitung von Hugo Moyano, damals Generalsekretär der CGT, sich gegen die Nationalregierung unter Cristina Fernández positionierten. Andere bedeutende Gewerkschaften bilden die Gewerkschaftsgruppe der CGT Balcarce und haben es unter der Leitung des Metallarbeiters Antonio Caló geschafft, der Regierung ihre Unterstützung zu sichern. Aber innerhalb dieser Gewerkschaftsgruppe gab es Mitgliedsgewerkschaften mit sehr unterschiedlichen Gewerkschaftstraditionen und politischen Vorstellungen; manche von ihnen sahen den Kirchnerismus als Fortsetzung einer populären nationalen Tradition, andere, die sogenannten Dicken, zeigten eine sehr ablehnende Haltung sowohl Kirchner als auch Moyano gegenüber. Der hybride Charakter dieser Gruppierung verhinderte jeglichen Protagonismus dieses Dachverbandes, was eine enorme Vergeudung seiner Kraft als Organisation zur Folge hatte.

Der hybride Charakter dieser Gruppierung verhinderte jeglichen Protagonismus des Dachverbandes

Zwischenzeitlich hatte die Gewerkschaftsgruppe der Moyano-Anhänger_innen[24] unter dessen Führung die CGT Azopardo gegründet. Diese besteht, obwohl sie nur einen kleineren Teil der Arbeiterschaft vertritt, aus einflussreichen Gewerkschaften, die Gewerkschaftsmacht mit Wirtschaftsmacht kombinieren. Sie können starken Druck ausüben, da sie den Verkehr im Land lahmlegen können. Zentraler Faktor für den Bruch des Moyanismus mit der Regierung war das regressive nationale Besteuerungssystem, das durch die Gewerkschaft in Frage gestellt wurde. Zum Bruch kam es, als die Präsidentin der Forderung der Gewerkschaft nach einer Reduktion der Einkommenssteuer kein Gehör schenkte. Betroffen hiervon sind besonders die registrierten Angestellten, mit höheren Löhnen, die, wenngleich sie auch vergleichsweise begünstigt sind, doch noch immer Lohnempfänger_innen sind. Das Motto ihrer Forderungen lautet »Lohn ist kein Gewinn!« (diese Steuer nennt sich Gewinnsteuer – »impuesto a las ganancias«).

24. Die Kerngruppe dieses Gewerkschaftssektors bildet die Confederación Argentina de Trabajadores del Transporte, der Zusammenschluss der argentinischen Verkehrsgewerkschaften, mit 24 Gewerkschaften: Straßenverkehr, Luftverkehr, Fluss- und Seeschifffahrt; sie wird derzeit von Juan Carlos Schmidt geleitet.

Gegen Ende der Amtszeit der Regierung von Cristina Fernández tauchte ein komplexes Gegensatzpaar als Narrativ auf: die »Dach«-Arbeiter_innen gegenüber den Arbeiter_innen »am Boden« (»trabajadores del techo« und »trabajadores del piso«). In ihrer zweiten Amtszeit führten Spannungen mit mehreren Gewerkschaftsvorsitzenden dazu, dass die Unterstützung für die Regierung bröckelte.

Epilog: Konsum und Boom der *commodities*

Eine Anekdote aus dem Jahr 2008, scharfsinnig unters Volk gebracht vom Kolumnisten Mario Wainfeld, enthält einige hier noch nicht erwähnte Elemente, die allesamt Schlüssel für eine Interpretation des Jahrzehntes der Kirchner-Regierungen sind:

> Vor etwa zwei Jahren hat dieser Chronist Néstor Kirchner zufällig auf dem Flur in der Casa Rosada (...) getroffen. Kirchner zog einen Zettel aus der Tasche (eine sehr übliche Geste) und fragte den Chronisten, mit den Angaben in der Hand, ob er wüsste, wie viele Air-Kondition-Geräte im Laufe seiner Amtszeit wohl verkauft worden seien. Unsere Zeitung hatte nicht die geringste Ahnung, bot eine Zahl im Millionenbereich an. Ohne auch nur Luft zu holen, schätzte Kirchner, wie viele davon wohl von Leuten aus der Oberschicht oder der Mittelschicht gekauft worden sein könnten. Diese Zahl zog er von der Gesamtzahl ab und schloss daraus, dass in seiner Amtszeit soundso viele Wohnungen der unteren Mittelschicht oder der Arbeiterschicht wohl zum ersten Mal über ein eigenes Klimagerät bei sich zu Hause verfügt hätten. Er multiplizierte die Zahl mit vier oder fünf (Standard-Familie) und betonte ergänzend: »Millionen von Menschen, die zum ersten Mal im Sommer nicht den Hitzetod sterben. Und wissen Sie, wie viel die für den Strom zahlen?« Das war nun wirklich bekannt. Sehr wenig. »Eben gerade weil es Millionen von Malochern gibt, die jetzt besser leben, haben wir so viel Unterstützung», rühmte er sich. Und fügte, ganz in seinem Element, sein Quäntchen Salz hinzu: »Und deswegen verabscheuen uns auch so viele«.[25]

Die Ausweitung der Binnennachfrage dank einer höheren Kaufkraft der einfachen Bevölkerung war ein gemeinsamer Nenner vieler heterodoxen Regierungen in der Region

Die Ausweitung der Binnennachfrage dank einer höheren Kaufkraft der einfachen Bevölkerung war ein gemeinsamer Nenner vieler heterodoxen Regierungen,

25. Mario Wainfeld: »Splits y ventiladores« in *Página/12*, 7.12.2008. Diese Begebenheit verweist auf den Verbraucheraufstand aus der Arbeiterschaft zur Zeit der ersten Peronisten-Regierung, der durch eine neuartige und ausführliche Durchsicht historischer Dokumente rekonstruiert wird in Natalia Milanesio: *Cuando los trabajadores iban de compras*, Siglo xxi, Buenos Aires, 2014.

die in den letzten Jahren in der Region präsent waren. Aber die Ausweitung des Konsums rührte nicht allein vom politischen Willen, auch nicht daher, dass das Volk sich organisierte und sich, aus unterschiedlichsten Gründen, dem Neoliberalismus widersetzte. Die Mittel zur Finanzierung des Verteilungsprozesses vom Typ »Jeder gewinnt« lieferte die Weltkonjunktur, der sogenannte Boom der *commodities*. Daraus resultierte eine höhere Verfügbarkeit von Ressourcen, die auch einfache Bevölkerungsschichten erreichte. Paradoxerweise wurde durch diese Ressourcenverfügbarkeit das Dauerproblem der unausgewogenen Produktionsstrukturen zwischen landwirtschaftlichem und industriellem Sektor verschärft (Marcelo Diamand hatte bereits in den 1970er Jahren auf dieses Problem hingewiesen).

Die Anekdote von den Klimageräten verdeutlich die Kraft der subjektiven Transgression, die das Nachahmen eines bestimmten Konsumverhaltens von Bevölkerungskreisen mit höherem Einkommen bedeutet, gleichzeitig aber auch ein Irrweg ist. Auch hat die Nachfrage nach Elektrohaushaltsgeräten, die nicht in Argentinien hergestellt wurden oder die viele Bauteile aus dem Ausland enthalten, das anhaltende lateinamerikanische Problem der Außenabhängigkeit verschärft. In einem Artikel über die verschiedenen an der gegenwärtigen politischen Krise in Brasilien beteiligten Faktoren äußert Perry Anderson:

> Der Kauf von elektronischen Geräten, von Haushaltsgeräten und Autos ist in die Höhe geschnellt (bei Autos über fiskalische Anreize), während die Wasserversorgung, die Befestigung der Straßen, effiziente Bussysteme, die Abwasserwirtschaft, gute Schulen und Krankenhäuser vernachlässigt wurden. Das Gemeinwohl hatte keinerlei Priorität, weder ideologische, noch praktische. So hat sich, parallel zu den echten und notwendigen Verbesserungen der Lebensbedingungen, der Konsumismus in seiner verkommensten Form über die gesamte Hierarchie der Gesellschaft ausgebreitet, ausgehend von einer mit Werbung und Einkaufszentren auf selbst für internationale Standards hohem Niveau geradezu bombardierten Mittelschicht.[26]

Diese Überlegung ist von Interesse, wenn man gewisse Besonderheiten dieses Prozesses in Argentinien herausstellen will. Er basierte auf einer Kombination aus dem lange aufgeschobenen Konsum der einfachen Bevölkerung und einem »Konsumismus kapitalistischer Art« wie demjenigen, auf den Anderson anspielt, der aber durchaus auch Investitionen in bestimmte Bereiche des Gemeinwohls gebracht hat (wie die substanzielle Verbesserung der Bildungs-Infrastruktur, einen weiteren Ausbau des Trinkwasser- und

26. Perry Anderson: »Crisis en Brasil« in *Viento Sur*, 5/2016.

des Abwassernetzes, die Verdoppelung der Anzahl an Autobahn- und Schnellstraßenkilometern und insgesamt eine bedeutende Erweiterung des Straßennetzes)[27]. Letztlich fehlen aber Wohnungen, besteht Ungleichheit beim Zugang zur Gesundheitsversorgung, ist der öffentliche Verkehr unzureichend – alles Probleme, die es für weite Teile der Arbeiterschaft auch weiterhin gibt. Die Bilanz zwischen Erreichtem und weiterhin bestehenden Defiziten steht noch aus.

Zunehmend definieren soziale Bewegungen und Organisationen den »Konsumismus« als kulturelle Barriere auf dem Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit. In diesem Zusammenhang sind die Elemente des sogenannten *neo-desarrollismo* der national-populären Regierungen immer fragwürdiger. Diese könnten Wohlstand nämlich nur vorgegaukelt haben, wurden doch die strukturellen Lebensbedingungen der Arbeiter_innen nicht verändert. Und heute verschärft sich diese Situation; es sind künftig Rückschritte auf mehreren Gebieten zu erwarten, da Mauricio Macri an die Regierung gekommen ist.

27. Siehe Subsecretaría de Coordinación Económica, Dirección Nacional de Inversión Pública, Dirección de Programación de la Inversión Pública y Análisis de Proyectos: »La inversión pública 2003-2010. Una herramienta para el desarrollo«, Ministerio de Economía y Finanzas Públicas, Buenos Aires, 2011.

NUEVA SOCIEDAD | 262

Cosecharás tu siembra

Agricultura y alimentos en debate

COYUNTURA
Pablo Stefanoni
Mauricio Miranda / Ivania Álvarez

TRIBUNA GLOBAL
Bernard Stiegler

TEMA CENTRAL
Patricia Aguirre
Hubert C. de Grammont
Silvia Gorenstein / Ricardo Ortiz
Anna Krzywoszynska
Walter A. Pengue
Francine Brossard Leiva
Fernando Molina
Kerstin Bund / Fritz Schaap /
Marcus Rohwetter
Barbara Degenhart

ENSAYO
Martín Cortés

NUEVA SOCIEDAD | 263

Crimen organizado SA

Negocios (i)legales y Estados

COYUNTURA
Tadeu Breda
Ivan Lanegra
Santiago O'Donnell

TRIBUNA GLOBAL
Ahmet Insel

TEMA CENTRAL
Rafael Grasa
Lilian Bobea
Édgar Gutiérrez
Marlon Hernández-Anzora
David Santa Cruz
José Carlos Campero Núñez del Prado
José De Echave
Boris Miranda
Omar Rincón

ENSAYO
José Fernández Vega

NUEVA SOCIEDAD | 264

Proletarios del mundo... ¿y ahora?

Empleo, sindicalismo y globalización

COYUNTURA
Joaquín Harguindey
Federico Vázquez

TRIBUNA GLOBAL
Peter Siller

TEMA CENTRAL
Josef Joffe
Rubén Lo Vuolo
Daniel Olesker
Paula Abal Medina
Lorenza B. Fontana
Jean Grugel
Jocelio H. Drummond
Gabriel Casnati
Hélio da Costa
Viviana Barreto
Cecilia Anigstein
Gonzalo Berrón

ENSAYO
Tarso Genro

NUEVA SOCIEDAD | 265

Geografías feministas

COYUNTURA
Hans-Jürgen Burchardt
Martín Abeles / Sebastián Valdecantos

TRIBUNA GLOBAL
Mark Fisher

TEMA CENTRAL
Verónica Schild
Nicole Bidegain Ponte
Silvia Chejter
Philipp Kauppert / Ina Kerner
Mabel Alicia Campagnoli
Valeria Esquivel
Carolina Justo von Lurzer /
Carolina Spataro
Florence Beaugé
Claudia Korol
Ana María Vásquez Duplat

ENSAYO
Paul Pasquali

NUEVA SOCIEDAD | 266

¿Posprogresismo?

Crisis y derivas latinoamericanas

COYUNTURA
Zirahuén Villamar

TRIBUNA GLOBAL
Ya-Han Chuang

TEMA CENTRAL
Andrés Malamud
José Natanson
Benjamin Reichenbach
Osvaldo Torres G.
Santiago Ortiz Crespo
Alicia Lissidini
Sarah Ganter
Luis Alberto Restrepo / Socorro Ramírez
Martha Nubia Bello
Esther Solano Gallego
José Luis Rocha

ENSAYO
Martín Bergel

Deutschland: F. Delbanco, Tel.: (49 4131) 2428-8, e-mail: <post@delbanco.de>.
Argentina: Distribuidor: Jorge Waldhuter, Pavón 2636, Buenos Aires, Tel./Fax: 6091.4786, e-mail: <jwalibros@ciudad.com.ar>. Librerías, Buenos Aires: Waldhuter La Librería, Av. Santa Fe 1685, Tel.: 4812.6685.
Bolivia: en La Paz: Yachaywasi, Tel.: 2441.042, e-mail: <yachaywa@acelerate.com>, Fax: 244.2437. Plural Editores, Tel./Fax: 2411.018, e-mail: <plural@plural.bo>.
Colombia: Librería Fondo de Cultura Económica, Calle 11 No. 5-60, Barrio La Candelaria, Bogotá, Colombia. Tel.: (571) 2832200, e-mail: <libreria@fce.com.co>.
Costa Rica: Librería Nueva Década, Tel.: (506) 2225.8540, e-mail: <ndecada@ice.co.cr>.
Ecuador: LibriMundi, Tel.: (5932) 252.1606, 223.4791, e-mail: <librimu1@librimundi.com.ec>.
España: Marcial Pons-Librero, Tel.: (34 914) 304.3303, e-mail: <revistas@marcialpons.es>; Mundi-Prensa Libros, (34 914) 363.702.
Guatemala: F&G Libros de Guatemala, 31 avenida "C" 5-54, zona 7, Colonia Centro América, 01007 Guatemala, Tel.: (502) 2433 2361 (502) 5406 0909, e-mail: <informacion@fygeditores.com>.
Japón: Italia Shobo, Fax: 3234.6469; Spain Shobo Co., Ltd., Tel.: 84.1280, Fax: 84.1283, e-mail: <info@spainshobo.co.jp>.
Nicaragua: Instituto para el Desarrollo y la Democracia (Ipade), Km 9 1/2 carretera a Masaya, Tel.: 276.1774 (Ext. 8), Apartado Postal 2438, e-mail: <comunicacion@ipade.org.ni>.
Perú: El Virrey, Bolognesi 510, Miraflores, Lima, Tel.: 444.4141, e-mail: <info@elvirrey.com>.
Puerto Rico: en Río Piedras: Compañía Caribeña de Libros, Tel.: (1-787) 297.8670, e-mail: <cclibros@yahoo.com>.

Online–Verkauf und Informationen:
<www.nuso.org>

ABONNIEREN SIE NUEVA SOCIEDAD

Abonnement	1-Jahres-Abo	2-Jahres-Abo
Inkl. Luftfracht	**6 Ausgaben**	**12 Ausgaben**
Lateinamerika	US$ 70	US$ 121
Weltweit	US$ 107	US$ 196
Argentinien	$ 515	$ 1.030

> **Zahlungarten**

1. Online-Zahlung: Unter <http://www.nuso.org/suscribe.php> finden Sie ein Bestell- und Registrierungsformular zur Online-Zahlung.

2. Kreditkartenzahlung per Post: Füllen Sie bitte den dieser Ausgabe beiliegenden Coupon aus und senden Sie ihn an folgende Adresse: Nueva Sociedad, Defensa 1111, 1º A, C1065AAU Buenos Aires, R. Argentina.

3. Zahlung per Scheck: Bitte senden Sie einen Scheck in entsprechender Höhe für die Fundación Foro Nueva Sociedad an folgende Adresse: Nueva Sociedad, Defensa 1111, 1º A, C1065AAU Buenos Aires, R. Argentina. Bitte geben Sie dabei Ihre persönlichen Daten an (Name, Adresse, Telefonnummer, Emailadresse).

> Bei weiteren Fragen bezüglich der Bestellung und Zahlungarten, wenden Sie sich bitte an uns <distribucion@nuso.org>.